



Deutsche Umwelthilfe

GREENPEACE



Berlin, 26. März 2025

Die Wärmewende nicht abwürgen!

Offener Brief an die Vorsitzenden der SPD, Lars Klingbeil und Saskia Esken sowie die Vorsitzenden von CDU und CSU, Friedrich Merz und Markus Söder

Sehr geehrter Herr Klingbeil, sehr geehrte Frau Esken,
sehr geehrter Herr Merz, sehr geehrter Herr Söder,

mit großer Besorgnis nehmen wir zur Kenntnis, dass in den aktuellen Koalitionsverhandlungen zur Debatte steht, das sogenannte Heizungsgesetz (§ 71 GEG) abzuschaffen und Anforderungen an die Energieeffizienz von Gebäuden aufzuweichen. Wir warnen eindringlich vor einem solchen Schritt!

Ein solcher Schritt wäre ein Frontalangriff auf die eben erst angelaufene Wärmewende und den Klimaschutz in Gebäuden. Dies riskiert das Erreichen der Klimaziele, schafft Planungschaos für die deutsche Wirtschaft und Eigentümerinnen und Eigentümer von Gebäuden und verschärft soziale Konflikte.

Als Umweltverbände appellieren wir eindringlich an Sie, das GEG insgesamt zu erhalten und die aktuellen Vorgaben und Förderprogramme für die Wärmewende nun klima- und sozialgerecht weiterzuentwickeln. Klimaschutz und bezahlbares Heizen gelingen nur mit effizienten Gebäuden und erneuerbarer Wärme.

Es braucht ein ambitioniertes Gebäudeenergiegesetz, begleitet von zielgerichteten Förderprogrammen und einem starken Mietrecht für warmmietenneutrale Sanierungen. Dies garantiert die Planungssicherheit in der Bau- und Heizungsbranche, schützt Haushalte vor hohen Wohnkosten und unterstützt Kommunen sowie Unternehmen bei der dringend notwendigen Wärmewende. Insbesondere Mieterinnen und Mieter profitieren von klaren Vorgaben für klimafreundliche Heizungen und effiziente Gebäude, da sie vor steigenden CO₂-Preisen schützen.

Schon heute reichen die klimapolitischen Maßnahmen nicht aus, um den Gebäudesektor auf den erforderlichen Klimaschutzpfad zu bringen. Die Klimaschutz-Lücke wächst sogar. Wir appellieren daher an Sie: Sägen Sie nicht an den zentralen Pfeilern des Klimaschutzes.

Mit freundlichen Grüßen

Deutscher Naturschutzring (DNR)
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Deutsche Umwelthilfe (DUH)
Greenpeace
Germanwatch
GermanZero
WWF Deutschland